

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 13 (1972)
Heft: 25

Artikel: Sonderfall Jugoslawien am Ende?
Autor: Kuburovic, Predislav / Brügger, Christian
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1095364>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

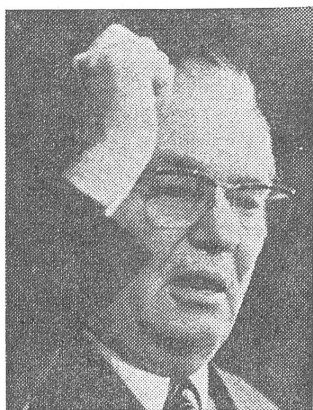
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



Sonderfall Jugoslawien am Ende?

Von Predislav Kuborovic und Christian Brügger

«Ich habe den Eindruck, dass es in Serbien eine liberale Haltung sowohl in den ideologisch-politischen Auseinandersetzungen als auch in der Politik und Gesetzgebung, in der Rechtsprechung und in den Massenmedien gibt.»

Diese Worte, welche einen positiven Tatbestand umschreiben, waren indessen nicht als Lob gemeint, sondern als Tadel. Tito sprach sie, um kundzutun, dass man nunmehr den liberalistischen Usancen den Garaus machen werde. Ende des Sonderfalles Jugoslawien?

Dreifache Krise – dreifache Neuordnung

Jugoslawien bietet heute das Bild einer gewalttätig bewältigten Krise dreifacher Art:

- Die nationale Krise des Vielvölkerstaates wird von der Zentrale bereits seit einem Jahr mit polizeistaatlicher Repression aller separatistischen oder auch nur autonomistischen Tendenzen beantwortet.
- Die gesellschaftliche Krise, zu der ein pragmatischer Pluralismus innerhalb einer doktrinär verstandenen Gemeinschaft unweigerlich hinführt, ist diesen Herbst durch eine innenpolitische Annäherung an das Sowjetmodell beantwortet worden. Der Andersdenkende gilt wiederum als Krimineller, den man bestrafen muss.
- Die aussenpolitische Krise der substanzlos gewordenen Blockfreiheit wird mit laufend verstärkter Unterordnung unter die sowjetische

Hegemonialmacht beantwortet. Dadurch, dass der westliche Teil des Kontinents darauf verzichtet, sich als Gegengewicht zur sowjetischen Supermacht zu verstehen, fehlt naturgemäß dem bisherigen jugoslawischen Neutralismus der eine der beiden Pole, zwischen denen jedenfalls die kontinentale Politik des Landes gespielt hatte. Westlicher als der Westen kann eine Aussenpolitik heute nur mit starkem chinesischem Rückhalt sein, und dazu fehlen in Jugoslawien die Voraussetzungen. Die Alternative ist der Eintritt in die Moskauer Gravitationsphäre, und er findet jetzt mit Beschleunigung statt. Letztes Indiz hierfür ist die Ernennung von Mjlos Minic zum Aussenminister. Er war Ankläger bei den stalinistischen Schauprozessen vor dem jugoslawischen Bruch mit dem Kominform. Damit übertrifft Jugoslawien sogar die Staaten des Warschauer Paktes. Noch ist kein osteuropäisches Land so weit, dass es einen Henker der damaligen Zeit in Spitzenpositionen zurückrufen würde.

Die eingangs zitierte Klage Titos über den Liberalismus in Serbien ist dem Schlusswort entnommen, das Tito dem erweiterten Zentralkomitee des Bundes der Kommunisten Serbiens (Belgrad, 9. bis 12. Oktober) hielt. Es wurde mit einer Woche Verspätung, am 18. Oktober, veröffentlicht. Mehr weiss man von dieser Sitzung offiziell nicht. Es sei denn ihr handgreifliches Ergebnis, das auf die weitreichende Neuordnung der Dinge hinwies: Marko Nikezic und

Latinka Perovic, Präsident respektive Sekretärin des BDK Serbiens, traten von ihren Ämtern zurück. Die bisherige Parteispitze war entmachtet. Offizielle Begründungen für den Abschied stehen immer noch aus. Sie sind in überreicher Masse durch Gerüchte ersetzt worden. Denn in die schon bestehenden Besorgnisse mischen sich bereits Elemente der Panik.

Von der Rettung der Föderation zur Zerschlagung des Pluralismus

Die Krise von Bundesstaat und Parteiapparat, die vor genau einem Jahr durch die Entwicklung in Kroatien ihren ersten Höhepunkt erreichte, hat sich seitdem nicht nur vertieft, sondern auch verbreitert.

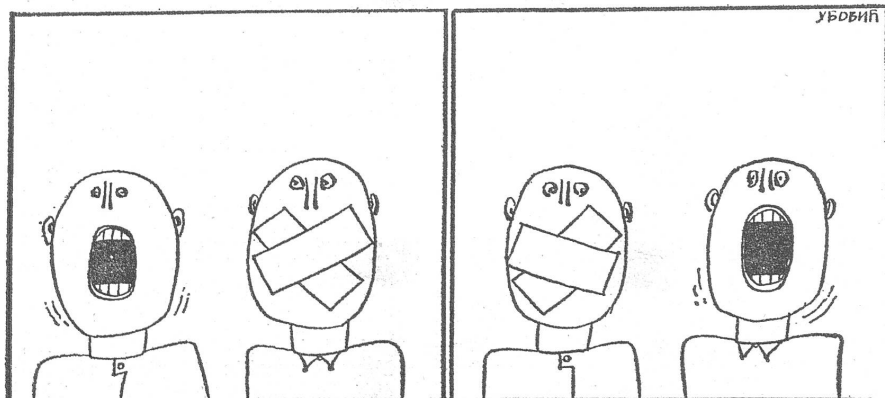
Denn im Dezember 1971 war es plausiblerweise noch darum gegangen, die Existenz der jugoslawischen Föderation zu sichern und die kroatische Sezessionsbewegung zu stoppen. Jetzt hingegen geht es darum, in Serbien, Slowenien und Mazedonien jene völlig andersgeartete Entwicklung zu stoppen, die unter dem Stichwort «Liberalisierung und Demokratisierung des Systems» ab 1967 unter Billigung der Führung an Boden gewonnen hatte. Man will jetzt den Pluralismus in Partei, Staat und Wirtschaft beseitigen, weil er einem Verzicht auf die totale Macht in einem einzigen Zentrum entgegensteuert. Der jugoslawische Pluralismus hatte sich in den letzten Jahren in verschiedenen konkreten Formen gezeigt: verstärkte Kompetenzen der einzelnen Teilrepubliken, grössere politische und bürgerliche Freiheiten, vermehrte Rechtsstaatlichkeit, nahezu optimale Toleranz gegenüber Religionen und Kirchen, sozialistische Marktwirtschaft, Arbeiterselbstverwaltung, offene Austragung von gedanklichen Richtungskämpfen innerhalb der Partei.

Während der Pluralismus in einer demokratischen Gesellschaftsordnung zu deren Entwicklung gehört, bedroht er in einer kommunistischen Gesellschaftsordnung deren Wesen und drängt, langfristig gesehen, die Partei aus ihrem Machtzentrum heraus. Und dieser Gefahr waren Tito und die Partei in den letzten drei Jahren immer deutlicher gegenübergestellt.

Die politischen Spannungen in Jugoslawien äusserten sich zunächst in Gegensätzen zwischen den einzelnen Bevölkerungsgruppen und dann in innerparteilichen Auseinandersetzungen, Säuberungen und politischen Prozessen. Das alles reflektiert gleichzeitig eine tiefgreifende Krise der wirtschaftlichen Entwicklung ebenso wie eine soziologische Entwicklung, die durch Einkommensunterschiede neue Klassen entstehen lässt.

Wirtschaftsreformen mit zweideutigem Fazit

Die Krise begann mit der Diskussion der Verfassungsreform und steuerte mit der Flucht in inflationshemmende Massnahmen ihrem Ausbruch entgegen. Die Vorstellungen der regionalen Parteiführungen über den Charakter der Veränderungen gingen oft stark auseinander. Einig war man sich lediglich in der Auffassung, dass das jugoslawische System der sozialistischen Marktwirtschaft einer Belastungsprobe ausgesetzt sei, die man nicht mehr lange werde aushalten können.



Karikatur von «NIN», Belgrad, vom 15. Februar 1972. Das Bild ohne Text soll dartun, dass es kein Fortschritt ist, wenn man bloss einer andern Kategorie von Leuten den Mund zubindet. Unterdessen ist auch der Presse der Mund zugeklebt worden.



Zurückgetreten: Serbischer Parteipräsident Marko Nikezic. «Worüber hast du zwei Stunden lang mit Breschnew gesprochen, Genosse Tito?»

Jugoslawien hatte 1965 eine Wirtschaftsreform durchgeführt, die sowohl positive Auswirkungen als auch negative Begleiterscheinungen mit sich brachte.

Positiv waren die Aufhebung des zentralgeleiteten Planungssystems nach sowjetischem Muster und die gleichzeitige Stärkung der Betriebsautonomie. Gerade sie veranlasste die Betriebsleitungen, marktwirtschaftlich zu denken und zu handeln. Wie auf dem Inlandsmarkt ging man auch im Aussenhandel stufenweise zur Liberalisierung über und band sich immer fester an den Weltmarkt. Der Handel nahm einen Aufschwung, und die Produktions- oder Forschungskoooperation zwischen jugoslawischen und ausländischen Firmen wies Erfolge auf, denn seit 1967 konnte ausländisches Kapital im Lande investiert werden. In den letzten fünf Jahren haben sich einige Industriebranchen gut entwickelt und sind auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig geworden, so Holzbetriebe und Schiffsbau. Parallel dazu wurde der Lebensstandard der Bevölkerung angehoben, was besonders in der Anschaffung langlebiger Konsumgüter zum Ausdruck kam. Eine Konsumgesellschaft jugoslawischer Art zeichnete sich ab.

Doch die negativen Begleiterscheinungen waren immer weniger zu übersehen: Eine davon war die Arbeitslosigkeit.

Der Zwang zur Produktivitätserhöhung führte zur Entlassung des sogenannten «Arbeitskraftüberschusses». Mehrere Betriebe, die ihr Entstehen und Bestehen politischen und nicht wirtschaftlichen Erfordernissen verdankt hatten, schlossen nunmehr ihre Tore. Allein zwischen 1965 und 1970 verdoppelte sich die Zahl der Arbeitslosen auf 370 000, während 600 000 Arbeiter in westlichen Ländern Beschäftigung fanden; heute sind es schon mehr als eine Million. Die Arbeitslosenquote betrug 9 Prozent des Arbeitskräftepotentials und führte nicht nur zu wirtschaftlichen, sondern auch zu sozialen und politischen Spannungen. Sie wurden besonders 1968 in Streiks und Studentendemonstrationen sichtbar. Ungefähr zur gleichen Zeit meldeten

die Partei- und Staatsfunktionäre der unterentwickelten Teilrepubliken und Provinzen ihre Forderungen nach Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch erhöhte Investitionen an. Ihre Erfüllung bedeutete einen Schlag gegen die Reformpolitik, ihre Nichterfüllung einen Prestigeverlust für die Partei; eine Wahl zwischen zwei Uebeln. 1971/72 sank zwar die Arbeitslosenzahl auf 310 000 oder 8 Prozent aller Beschäftigten (im sozialistischen Sektor; die privat Beschäftigten sind nicht eingerechnet), aber dazu trug neben Produktions- und Investitionszuwachs ja auch die enorme Zunahme der im Ausland angestellten Arbeiter bei, ohne die man von der Vollbeschäftigung noch weiter entfernt wäre als zwei Jahre zuvor.

Noch problematischer als anderswo waren in Jugoslawien die Bemühungen um die Erhaltung der wirtschaftlichen Stabilität. Man hatte den Dinar bis Ende der sechziger oder Anfang der siebziger Jahre konvertibel machen wollen, aber statt dessen musste er 1971 zweimal stark abgewertet werden. Die Inflation erreichte Quoten von 12 bis 15 Prozent. Die wegen Inlandsnachfrage und Spekulationsgeschäften sprunghaft steigenden Importe führten zu einem Defizit in der Zahlungsbilanz. Er liess sich durch den Devisenzuwachs aus Fremdenverkehr und Ueberweisungen der Auslandsbeschäftigten usw. nicht ausgleichen. Also machte man im Ausland neue Schulden. Die Lebenshaltungskosten stiegen zwischen 1969 und 1970 um 10,6 Prozent, zwischen 1970 und 1971 gar um 16 Prozent, so dass die Regierung zu Beginn dieses Jahres die Notbremse zog: Preisstopp für fast alle Produktions- und Dienstleistungspreise. Aber das war illusorisch. Preise und Lebenshaltungskosten stiegen in den ersten 8 Monaten von 1972 um 11,5 bis 19,6 Prozent.

Unter dem Stichwort «Kampf zur Beseitigung der wirtschaftlichen Illiquidität» hat die Bundesregierung dieses Jahr einige Gesetze verabschiedet, die sich mit den sanierungsbedürftigen Betrieben beschäftigen. Dazu wollen Partei und Regierung mit einer Reihe weiterer Massnahmen in der Wirtschaft intervenieren. Aber es schafft zusätzliche Unsicherheit im Lande, dass diese Massnahmen immer ausschliesslicher mit



Zurückgetreten: Serbische Parteisekretärin Latinka Perovic. «Soll ich Selbstkritik üben, weil ich deinen Befehlen gehorcht habe, Genosse Tito?»

parteiideologischen Begründungen proklamiert und durchgeführt werden.

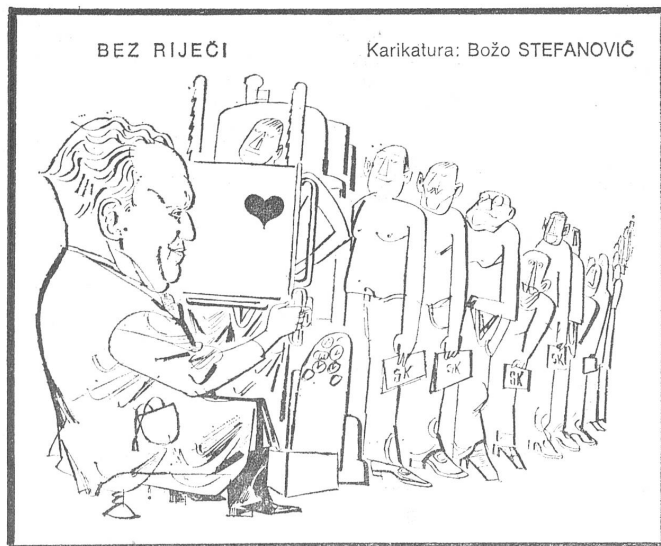
Verbessert hat sich immerhin die Aussenhandelslage: Die Exporte nahmen um 21 Prozent zu, während die Importe um 15 Prozent zurückgingen.

Aussenhandel: Kurs auf Moskau

Von grosser politischer Relevanz ist aber die Umstellung auf neue Aussenhandelspartner, die gleichzeitig stattfindet, nämlich eine stärkere Anlehnung an die Sowjetunion und die sowjetabhängigen Länder des RGW. Schon zwischen 1970 und 1971 stieg der Anteil dieser Ländergruppe am jugoslawischen Aussenhandel von 24,8 Prozent auf 28,1 Prozent an, während der



Die Absender des Parteischreibens über die Einführung der Parteidisziplin nach sowjetischem Modell: Tito und Präsidiumssekretär Stane Dolanc.



Tito prüft die Parteimitglieder auf ihr rotes Herz. Eine «positive» Karikatur von «Oslobodenje», Sarajevo (14. 10. 1972).

«Der Bund der Kommunisten Jugoslawiens ist die politische Organisation Jugoslawiens, und ich denke, dass es heute ausser ihm und Josip Broz Tito kein anderes ebenso starkes Element zur Einigung gibt. Die Arbeiterklasse begreift das sehr wohl. Wer das hingegen noch nicht verstanden hat, sind die sogenannten intellektuellen Kreise und gewisse Kreise der Partei.

Die Partei muss ihre pseudodemokratische Haltung aufgeben und ihre Positionen in Staat und Wirtschaft zurückerobern. Das geschieht durch eine geeignete Kaderpolitik. Alle Parteimitglieder, welche die Disziplin des demokratischen Zentralismus nicht respektieren, müssen zur Verantwortung gezogen und notfalls ausgeschlossen werden.

Es ist notwendig, die gefassten Beschlüsse in der Arbeit des BdKJ konkret zu erfüllen. Wir haben vor sechs Jahren oder noch früher einen grossen Fehler gemacht, als wir die Kaderfrage aus der Hand gaben. Das ideologisch-politische Niveau im BdKJ ist niedrig. Es gilt, zu verbindlichen Formen der politisch-ideologischen Arbeit und der politischen Schulung zurückzukehren.»

Zwanzig Jahre «jugoslawischer Weg zum Sozialismus» zurücknehmen

In einem ähnlichen Sinne äusserte sich Tito selbst in einem Interview mit der (dieses Jahr personell und inhaltlich gesäuberten) Zagreber Zeitschrift «Vjesnik». Mit dem schlimmen Unterschied, dass er gleich zwanzig Jahre der gesellschaftlichen Entwicklung zurücknehmen will. Er sagte:

«Seit dem sechsten Kongress (von 1952; Anm.) hat die Partei immer mehr an Ansehen verloren, weil man sie als den wichtigsten Faktor im Prozess der sozialistischen Entwicklung einfach eliminieren wollte. Die Euphorie der Demokratisierung aller möglichen und unmöglichen Dinge nahm solche Ausmasse an, dass die Rolle der Partei in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens zurückgedrängt wurde. Der Partei überliess man bloss noch die Aufgabe, ideologische Richtlinien auszugeben und ihre Einhaltung zu überwachen. Gewiss, diese Rolle spielt die Partei nach wie vor, aber das genügt ihr nicht. Sie braucht in ihren Reihen Mitglieder und Disziplin einer Art, die imstande ist, die Massen ideologisch auszurichten und den Klassenfeind an der Einnahme jener Positionen zu hindern, die er heute in unserm Lande tatsächlich schon hält... Wir brauchen eine Vorhutspartei, das heisst eine Partei, in der es keinen Platz gibt für Leute, die mit dem Sozialismus und dem Kommunismus nichts zu tun haben.» («Vjesnik», 8. 10. 1972)

Tito widerspricht hier einer politischen Konzeption, die er selber in Person formuliert und verwirklicht hat. An jenem bewussten sechsten Kongress von 1952 erklärte die Resolution, die Titos Unterschrift trägt:

«Der Bund der Kommunisten ist in seiner Arbeit kein unmittelbarer operativer Leiter und Befehlsgeber und kann es nicht sein, weder im wirtschaftlichen, noch im staatlichen und gesellschaftlichen Leben. Er wirkt vielmehr in seiner politischen und ideologischen Tätigkeit, in erster Linie durch Ueberzeugungskraft, in allen Organisationen, Aemtern und Behörden darauf hin, dass seine Linie und seine Haltung — oder

Anteil der kapitalistischen Länder von 64,3 Prozent auf 61,5 Prozent zurückging.

Bemerkenswert sind in diesem Zusammenhang auch die zunehmenden Kreditgewährungen der UdSSR und anderer RGW-Staaten. Schon zu Beginn dieses Jahres erhielt Jugoslawien ein sowjetisches Darlehen von 130 Millionen Dollar zum Ausbau der Bauxitgruben und zum Bau einer Tonerdefabrik in Bosnien/Herzegowina (Laufzeit 10 Jahre, Verzinsung 4,5 Prozent, Tilgung ab 1977 durch Lieferungen von Bauxit und Tonerde).

Am 6. November 1972 wurde in Belgrad ein Abkommen unterzeichnet, laut welchem der Umbau, Ausbau oder Neubau von 38 jugoslawischen Industrieanlagen und Kraftwerken durch einen sowjetischen Kredit von 540 Millionen Dollar finanziert wird. Darüber hinaus kursieren in Jugoslawien heute Angaben, die viel weiter gehen: Der Schiffsbau wird in den kommenden Jahren etwa 65 Prozent seines Ausstosses an die UdSSR liefern. Zum Bau neuer Industrieanlagen oder zur Rekonstruktion bestehender Produktionsstätten sollen sowjetische Experten herangezogen werden. Auch für die Leitung dieser Betriebe erwartet man sowjetische Berater. Das grösste Aufsehen erregt aber die offiziell allerdings nicht bestätigte Nachricht, wonach die Sowjetunion bereit sei, 400 000 jugoslawische Arbeiter zu beschäftigen. Schliesslich soll die jugoslawische Wirtschaft umstrukturiert und zur engeren Zusammenarbeit mit dem RGW vorbereitet werden.

Titos «Brief»: Plädoyer für das Sowjetmodell

Solange die näheren Einzelheiten der sowjetisch-jugoslawischen Besprechungen immer noch geheimgehalten werden, ist es nicht verwunderlich, dass viele Jugoslawen die verstärkte wirtschaftliche Bindung an die Sowjetunion in Parallele zur politischen Abhängigkeit setzen. Manche gehen in ihrem Pessimismus so weit, dass sie die jüngsten Säuberungen im jugoslawischen Partei- und Staatsapparat als Durchführung sowjetischer Anordnungen verstehen. Nun braucht man die Dinge natürlich nicht so

ausschliesslich zu sehen. Aber es wäre verwunderlich, wenn so auffällig parallele Entwicklungen so gar nichts miteinander zu tun hätten.

Tatsächlich ist es über das seit einem Jahr sowjetophon tönende Vokabular hinaus in den letzten drei Monaten zu einer Reihe von Massnahmen gekommen, die auf eine Systemänderung in Annäherung an das sowjetische Modell hindeuten.

In einem Brief der Parteiführung an die Mitgliedschaft (im September beschlossen und im Oktober den Massenmedien zugänglich gemacht) ist von Dingen die Rede, die auf eine Säuberung der Partei und der Stärkung ihrer Führerrolle in der Gesellschaft hinauslaufen. Er wird heute auf der untersten Stufe der Parteiorganisationen erläutert. Das Schreiben ist wichtig, weil es eine Art Moralkodex für das zukünftige Verhalten der Parteimitglieder darstellt. Und nicht nur dies: Es erinnert in seinem Tonfall an eine Zeit, von der man glaubte, sie sei längst vorbei.

Im Mittelpunkt des Briefes steht die Wiedereinführung des «demokratischen Zentralismus» (Gehorsamsprinzip), mit dessen Hilfe Tito hofft, die Einheit der Partei zu festigen und jegliche Art von Liberalisierung und Demokratisierung sowohl in der Partei als auch in der Gesellschaft zu beseitigen. Allerdings ist eine Befehlsausgabe in Jugoslawien nicht so reibungslos möglich wie in der Sowjetunion. Gerade die verstärkte Anwendung des «demokratischen Zentralismus» ist bei den untersten bis obersten Parteigremien und Parteiführungen auf einen Widerstand gestossen, von dessen Stärke Tito selbst überrascht wurde. Denn wenn man das Prinzip auf die jugoslawischen Parteiverhältnisse überträgt, bedeutet jede Abweichung durch die Parteiorganisationen der Teilrepubliken von der Generallinie, die von der Bundesparteileitung beschlossen wird, einen strafbaren Ungehorsam, der mit Parteiausschluss, Amtsenthebung usw. zu ahnden ist.

Präsidiumssekretär Stane Dolanc, der den erwähnten Brief zusammen mit Tito unterschrieben hatte, erklärte vier Tage nach dessen Gutheissung durch das Exekutivbüro am 22. September 1972 in Dalmatien:

auch die Haltung von einzelnen seiner Mitglieder — angenommen werden.»

Tatsächlich war der Kongress von 1952 nicht nur in der Definition einer relativierten Führungsrolle der Partei für die spätere Entwicklung wegweisend gewesen. Er hatte die Grundlage für jene Merkmale des jugoslawischen Systems gelegt, die man seither «Titos eigenen Weg zum Sozialismus» nannte: In der Aussenpolitik die Blockfreiheit, in der Innenpolitik die Arbeiterselbstverwaltung, in der Partei mehr Demokratie und in der Wirtschaft eine betont marktorientierte Komponente. Titos jetzige Abgabe an einen Sozialismus seiner eigenen Hausmarke ist daher nur um so gravierender.

Titos Brief vom 18. September, die Parteisäuberungen in Serbien, Slowenien und Mazedonien sind — wie schon der chirurgische Eingriff in Kroatien zuvor — die Vorbote bis zur Ende einer Ära, die den jugoslawischen Völkern mehr bürgerliche Freiheiten und trotz allen krisenhaften Begleiterscheinungen auch bessere materielle Lebensbedingungen gebracht hatte.

Die Massnahmen

Tito hat Massnahmen eingeleitet, welche die Präsenz der Partei in Wirtschaft, Kultur, Justiz und Informationswesen verstärken sollen. Es fällt auf, dass eine Anzahl von neuen Gesetzen und Verordnungen den Weg von der Beschlussfassung durch eine Parteiexecutive bis zur Verabschiedung durch die Parlamente von Bund oder Teilrepubliken in einem Tempo durchlaufen, das allein schon auf die Verhärtung des Kurses hinweist. Der Inhalt der Neuerungen zeigt das erst recht. So wird die Bundesversammlung in den nächsten Tagen etlichen Änderungen in der Strafprozessordnung zustimmen müssen, welche den Polizeiorganen mehr Kompetenzen einräumen als bisher, d. h. seit 1967, als die Polizeibefugnisse zurückgebunden waren. Nunmehr wird die Untersuchung eines Strafdeliktes aus der Kompetenz des Untersuchungsrichters herausgenommen, und die Polizei braucht seine Bewilligung nicht mehr, wenn sie Hausdurchsuchungen vornehmen will. Verlängert worden (von einem Tag auf drei Tage) ist auch die Frist, innerhalb derer ein Verhafteter dem Untersuchungsrichter vorgeführt werden muss («Politika», Belgrad, 27. 11. 1972).

Inzwischen bereiten einzelne Teilrepubliken auf dem Gebiete des Informationswesens Gesetzesänderungen vor, welche die Informationsfreiheit beschränken. Dem serbischen Landtag zum Beispiel liegt der Entwurf zu einem neuen Informationsgesetz vor, welches Informationsverbot, Informationsbeschränkung und Pressezensur verankert. Dazu kommt eine Neuerung, die auf stärkere Lenkung der Presse durch die Partei zielt: Bisher konnte im Rahmen des Pressegesetzes jede beliebige Gruppe von jugoslawischen Bürgern unter Beachtung der gesetzlichen Vorschriften eine Zeitung gründen und herausgeben; dieses Recht wird aufgehoben («Politika», 22. 11. 1972).

Am meisten gewollte Publizität wird aber dem «Kampf gegen soziale Ungleichheit und ungerechtfertigte Bereicherung» gewidmet. Der Mann auf der Strasse sollte nach dem Willen der Obrigkeit die Repression von (häufig durchaus unterprivilegierten) Andersdenkenden mit der Abschaffung von materiellen Privilegien

assoziiieren, als ob nicht die höchstgestellten Genossen am meisten profitiert hätten.

In ganz Jugoslawien wird nun die Frage der Wochenendhäuser und Villen diskutiert. Darüber hinaus bereitet man auf der Ebene von Bund und Teilrepubliken Gesetze vor, welche die Bodenspekulation verhindern und das Recht auf Wohnung neu definieren sollen. Manche Leute haben anscheinend die verstaatete Ferienwohnung zu einem Zweitwohnhaus umfunktionierte usw. Man lässt einen Skandal nach dem andern platzen.

In seinem schon erwähnten Interview mit «Vjesnik» hatte Tito zu dieser Thematik den Ton angegeben. Unter anderem sagte er: «Man wird zunächst genau feststellen müssen, wer was besitzt. Dann wird man dort, wo es nötig ist, auch entsprechend durchgreifen. So darf niemand eine Staatswohnung erhalten, wenn er

schon ein Haus hat, wo er wohnen kann. Das ist Punkt eins. Punkt zwei: Besitzt jemand eine Villa und vermietet sie, um daran zu verdienen, so darf auch das nicht gestattet werden.» Das ist alles sehr klar gesagt. Aber dass Tito am besten bei sich selber beginnen sollte, ist ihm anscheinend nicht so klar. Denn nebst den Schlössern und Palästen, die ihm in amtlicher Funktion zur Verfügung stehen, besitzt er zusätzlich noch 14 Villen und Jagdhäuser im ganzen Lande.

Titos Charisma hat ausgespielt

Im übrigen kann Tito heute mit seiner popularitätssuchenden Kampagne «soziale Ungleichheit und ungerechtfertigte Bereicherungen» unter

(Fortsetzung auf Seite 12)

Die politische Meinung

Zweimonatshefte für Fragen der Zeit

«Fortschritt zur Stabilität» — so heisst das Generalthema, zu dem u. a. in Heft 145 (November/Dezember 1972) schreiben:

Dr. Rainer Barzel:	Die Position von morgen
Dr. Manfred Schäfer:	Das Programm zur Stabilität
Prof. Dr. Philipp Herder-Dorneich:	Weiterentwicklung zur sozialen Marktwirtschaft
Prof. Dr. Gerhard Zeitel:	Ursachen des Unbehagens
Prof. Dr. Manfred Löwisch:	Wenn die Jusos regierten . . .
Prof. Dr. A. O. Schorb:	Bildungs-Prinzipien für die Zukunft
Dr. Bruno Heck:	Die Alternative

Ausserdem kritische Analysen:

Prof. Dr. Otto Kimminich:	Zwischenbilanz deutscher Ostpolitik
Dr. Ernst Kux:	Bonn zwischen Moskau und Peking
Dr. Ernst Majonica:	Neuvereinigung durch Sozialismus?

Das Heft 144 war dem Thema gewidmet: «Wer sichert heute unsere Freiheit?»

Autoren:

Prof. Dr. Hans Buchheim, Warnfried Dettling, Prof. Dr. Arnold Gehlen, Jens Hacker, Dr. Hans Hellwig, Prof. Dr. Otto B. Roegge; ausserdem: Dr. Siegfried Löffler, Dr. Wolf Oschlies u. a.

Herausgeber: Dr. Bruno Heck
Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung für politische Bildung und Studienförderung e. V.

Chefredaktor: Dr. Karl Willy Beer

Umfang zirka 100 Seiten, Preis 3,50 DM, 6 Hefte im Jahresabonnement 18,— DM. Verbilligtes Studenten-Abonnement bei Vorlage einer Studienbescheinigung 12,— DM.

Eichholz-Verlag GmbH D-53 Bonn

Postfach 458

Jugoslawien

(Fortsetzung von Seite 5)

den heutigen jugoslawischen Bedingungen die Massen nicht von der Hauptsache der sowjetoiden Repression ablenken. Schliesslich hat es sich anderswo schon einmal gezeigt, was es mit der heiligen Entrüstung über die «jüdische Plutokratie» in Wirklichkeit für eine Bewandnis hatte, und im Unterschied zu den Westeuropäern erkennen die Jugoslawen den Sozialfaschismus, wenn sie ihn sehen.

Ein symptomatischer Begleitumstand der jugoslawischen Krise und Krisenbewältigung ist es, dass Titos persönliches Charisma zu ihren Opfern zählt. Noch vor zehn, ja noch vor zwei Jahren galt Tito als Retter des Vaterlandes, als Einiger der Partei und der Völker Jugoslawiens. Heute macht die Unzufriedenheit nicht mehr vor seiner Person halt, wie das früher der Fall war.

ZK-Sitzung mit präzedenzlosen Retourkutschen: Worüber hast du zwei Stunden lang mit Breschnew gesprochen?

Und nicht nur das. Tito ist an jener serbischen ZK-Sitzung vom 9. bis 12. Oktober erstmals offen und direkt als Person angefochten worden. Dort sah sich Tito einer starken Opposition gegenüber. Es gibt, wie gesagt, keinen offiziellen Detailbericht über diese Sitzung, aber es gibt inoffizielle und zuverlässige Berichte, die erkennen lassen, dass das offizielle Schweigen seine Gründe hat. Von den 80 Anwesenden sollen 46 das Wort ergriffen haben, und 40 davon hätten

gegen die Einleitungsrede Titos Stellung bezogen.

Frau Latinka Petrovic, die zurückgetretene ZK-Sekretärin beantwortete Titos Aufforderung zur Selbstkritik folgendermassen: «Ich bin bereit, Selbstkritik zu üben. Nur muss ich wissen wofür. Dafür, dass ich das getan habe, was du, Genosse Tito, gebilligt und befohlen hast? Dann, bitte, beginne mit der Selbstkritik zuerst bei dir. Du hast die volle Macht, du willst davon nichts abtreten, und du bist vor niemandem verantwortlich.»

Tito soll mit einem Wutausbruch reagiert haben.

Als im Verlauf der Sitzung die Frage nach der verstärkten Gültigkeit des Prinzips des «demokratischen Zentralismus» in der Partei behandelt wurde, musste sich Tito kritische Voten anhören, die im Gegenteil für mehr Demokratie in der Partei plädierten. Die in polemischem Ton geführten Diskussionen erreichten ihren Höhepunkt, als Aussenminister Tepavac (der nunmehrige Ex-Aussenminister) das Wort ergriff, um sich gegen konkrete Vorwürfe an seine Adresse zu äussern. Insbesondere ging es um das Verhalten der jugoslawischen Delegation in der UNO-Debatte über den Einmarsch der indischen Truppen nach Ostpakistan und die Proklamierung von Bangla Desh. Die jugoslawische Vertretung erhielt die Anweisung, sich in der Abstimmung der Stimme zu enthalten, obwohl Tepavac das zuvor nicht mit Tito abgesprochen hatte, der offenbar eine Unterstützung Indiens und der UdSSR gewünscht hätte. Wegen seiner Eigenmächtigkeit zur Rede gestellt, rechtfertigte Tepavac vor dem ZK seine Haltung damit, dass der Einmarsch der indischen Truppen in Ostpakistan einen klassischen Akt

der Aggression dargestellt habe und Jugoslawien ungläubwürdig geworden wäre, wenn es diesen Aggressionsakt unterstützt hätte. Er habe überdies in Achtung vor der jugoslawischen Politik der Blockfreiheit gehandelt.

Auch Tepavac lehnte also die ihm abverlangte Selbstkritik ab, jedenfalls in dieser Angelegenheit. Dabei soll es zu einem heftigen Wortwechsel zwischen ihm und Tito gekommen sein. Diese Auseinandersetzung soll Nikezic, der Präsident des BdK Serbiens unterbrochen haben, um Tito direkt der Kollaboration mit der Sowjetführung zu beschuldigen. Tito habe seit seinem letzten Besuch in Moskau durch seine Haltung die jugoslawische Aussenpolitik der Blockfreiheit ungläubwürdig gemacht. Falls er dies bestreite, dann solle er als BdKJ-Präsident vor diesem Parteiforum, dem er Rechenschaft schuldig sei, nun offen erklären, was er zwei Stunden lang mit Breschnew gesprochen habe. Sonst bestehe der Verdacht, dass er Versprechungen gemacht und Verpflichtungen übernommen habe, die das Land in eine Entwicklung hineinmanövrieren könnten, welche der Preisgabe des eigenen Weges zum Sozialismus gleichkomme.

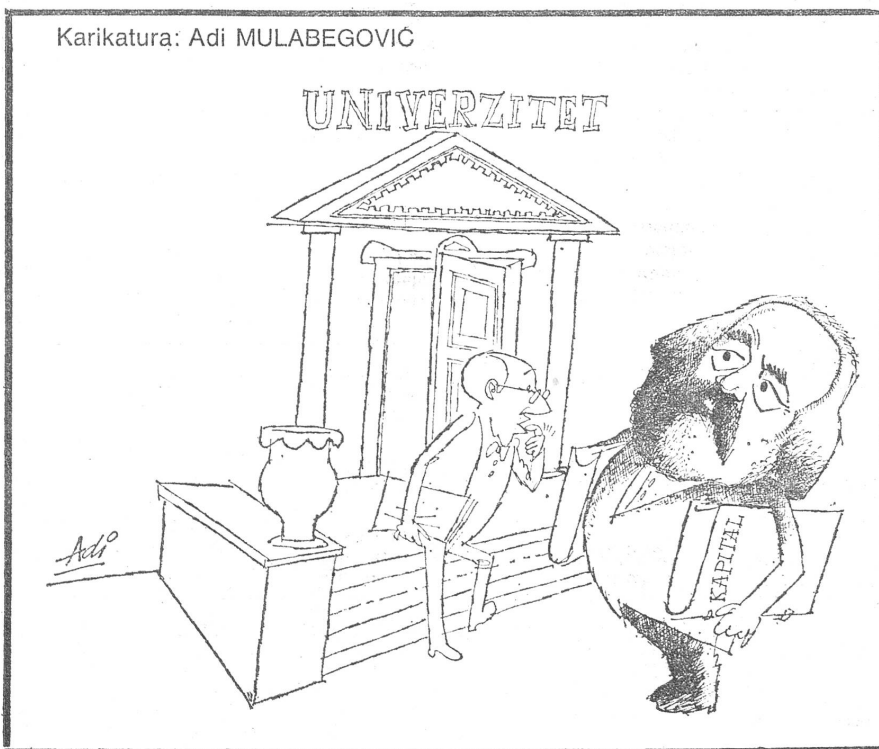
Wiederum geriet Tito in Wut, und die Sitzung drohte in ein Chaos auszuarten. Sie wurde unterbrochen und am nächsten Tage fortgesetzt.

Auch diese Fortsetzung war nicht ohne Dramatik, doch die Machtverhältnisse waren natürlich klar. In seinem Schlusswort tadelte Tito die serbischen Genossen, die keine Selbstkritik üben wollten und forderte das ZK Serbiens auf, seinen Brief vom 18. September vollumfänglich zu respektieren und die Ablösung der unbotmässigen Genossen zu vollziehen. Nikezic, Tepavac, Koca Popovic und Latinka Perovic reichten Ende Oktober ihren Rücktritt ein. Die betreffenden Schreiben sind bis heute nicht in ihrem Wortlaut veröffentlicht worden; vermutlich fehlt ihnen das Element der Selbstkritik.

Die Entsetzung der obersten Parteiführung in Serbien bedeutet das Ende einer Ära von Liberalisierung, Reformen und vermehrtem Pluralismus in Partei und Gesellschaft. Ähnliche Schritte sind anschliessend im November in Mazedonien und Slowenien vorgenommen worden, wo zwei Reformpolitiker abgesetzt wurden: Stane Kavcic, Präsident der slowenischen Landesregierung, und Slavko Milosavljevski, ZK-Sekretär des BdK Mazedoniens.

Der Ruf nach «demokratischem Zentralismus» in der Partei, ihre Säuberung von Reformpolitikern, die verschärfte Kontrolle über Wirtschaft, Justiz, Informationswesen, Schulen und Universitäten (in politischen Prozessen sind unbotmässige Studenten zu Freiheitsstrafen verurteilt worden), das alles lässt Assoziationen an eine Zeit entstehen, die man endgültig überwunden geglaubt hatte. Man ist dabei, das jugoslawische Modell des Sozialismus zu begraben.

Wenn das so weitergeht. Aber wie geht es weiter? Wenn es auf Tito allein ankäme, könnte man auf sein Alter hinweisen und ferner darauf, dass es in der fortgeschrittenen politischen Landschaft Jugoslawiens nicht so leicht wie in einem Lande mit ungebrochenem Totalitarismus möglich ist, die eingeschlagene Entwicklung einfach zurückzunehmen. Aber Tito ist nicht allein, und Jugoslawien ist nicht allein. Der grosse Bruder ist mit im Spiel, und man wird ihn nicht mehr heraushalten können. ■



«Und wen darf ich melden?» («Oslobodenje», Sarajevo, 8. 1. 1972)